



**Melden
macht
Helden**



**„Umsetzung der digitalen Inklusion in Europa auf Grundlage der
Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen“**

Seit über zehn Jahren hilft die Meldestelle für digitale Barrieren mit, Barrieren an den Stellen zu beseitigen, an denen tatsächlich Menschen von der uneingeschränkten Teilhabe in der Berufs- und Arbeitswelt ausgeschlossen werden. 2007 trat die Barrierefreie Informationstechnik Verordnung (BITV) 2.0 in Kraft und zwei Jahre später die VN Behindertenrechtskonvention. Reichen diese Maßnahmen aus, um Menschen mit Behinderung die uneingeschränkte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen oder was müsste noch passieren? Darüber möchten wir mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Außerdem möchten wir Sie über das Projekt „Barrieren Melde- und Monitoringstelle“ informieren. Neben der Meldestelle wurde erstmals modellhaft ein Monitoring, also ein langfristiges Überwachen ausgewählter Internetauftritte, durchgeführt. Interessanterweise ist das Monitoring ein Aspekt der EU-Richtlinie, die mittelfristig in nationales Recht umgesetzt wird. Über die aktuellen Entwicklungen auf nationaler und europäischer Ebene wird Herr Morten vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales informieren.

Weitere Informationen zum Projekt „Barrieren Melde- und Monitoringstelle“ finden Sie unter www.barrieren-melden.de.

**Abschlussveranstaltung des Projektes „Barrieren Melde- und Monitoringstelle“
am Mittwoch, den 8. März 2017 von 10.30 bis 16.30 Uhr
an der Technischen Universität Dortmund
Emil-Figge-Straße 50, 44227 Dortmund**

Projektbeteiligte:



Bundesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe
von Menschen mit Behinderung und
chronischer Erkrankung und ihren
Angehörigen e.V.

Kirchfeldstraße 149
40215 Düsseldorf

Telefon 0211 31006 38
christian.radek@bag-selbsthilfe.de
www.bag-selbsthilfe.de



Forschungsinstitut Technologie und
Behinderung (FTB) der Evangelischen
Stiftung Volmarstein

Grundschötteler Straße 40
58300 Wetter

Telefon 02335 9681 0
barrieren-memo@ftb-esv.de
www.ftb-esv.de

In Zusammenarbeit mit:



Technische Universität Dortmund
Lehrgebiet Rehabilitationstechnologie

Emil-Figge-Straße 50
44227 Dortmund

Telefon 0231 755 4554
info@reha-technologie.de
www.reha-technologie.de

Vorläufiges Programm

- 10.00 Uhr Ankunft und Registrierung
10.30 Uhr Begrüßung, Herr Univ.-Prof. Dr.-Ing. Christian Bühler (TU Dortmund, Lehrgebiet Rehabilitationstechnologie)
10.45 Uhr Grußwort, Herr Dr. Martin Danner (BAG SELBSTHILFE, Bundesgeschäftsführer)
11.00 Uhr Aktuelle Entwicklungen in Bezug auf digitale Barrierefreiheit. Stand der Umsetzung der EU-Richtlinie, Herr Kai Morten (BMAS, Referat Va 1)
12.00 Uhr Mittagspause
14.00 Uhr Erfahrungen der Meldestelle zum aktuellen Umsetzungsstand digitaler Barrierefreiheit in Deutschland, Herr Dr. Christian Radek (BAG SELBSTHILFE)
14.30 Uhr Vorstellung der Ergebnisse, die im Rahmen der langfristigen Überwachung (Monitoring) ausgesuchter Internetauftritte aus dem Bereich Arbeitsuche und Arbeit, gewonnen wurden, Herr Rainer Wallbruch (FTB)
15.00 Uhr Mobile und einfache Meldewege für digitale Barrieren, Frau Dr. Birgit Scheer (FTB)
15.30 Uhr Fazit und Abschluss
16.00 Uhr Ende

Die Veranstaltung wird durch Herrn Professor Christian Bühler moderiert.

Anmeldung

Da nur eine begrenzte Anzahl von Plätzen zur Verfügung stehen, wird um Anmeldung bis zum 01.03.2017 gebeten. Bitte teilen Sie uns auch mit, ob und welche besonderen Bedürfnisse Sie haben. Für Rückfragen steht Ihnen Frau Ulrike Fischer-Schlichting zur Verfügung:

E-Mail: kontakt@barrieren-melden.de

Telefon: 0211 - 31006 47

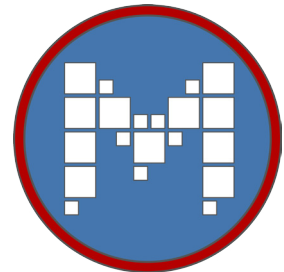
Telefax: 0211 - 31006 48

Postanschrift:

BAG SELBSTHILFE

Meldestelle für digitale Barrieren

Kirchfeldstraße 149, 40215 Düsseldorf



Anreise

Die TU Dortmund liegt verkehrsgünstig an der BAB 40 (AS 44 Dortmund-Barop) und der S-Bahn Linie S1 Dortmund - Solingen (Dortmund Universität). Weitere Informationen zur Anreise sowie Lage- und Übersichtspläne entnehmen Sie bitte der Webseite der Universität:

http://www.tu-dortmund.de/uni/Uni/Kontakt_und_Anreise/index.html.

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

aus Mitteln des Ausgleichsfonds